

Nr. 21/15 vom 18.06.2021

„Energy Chat in der Reinhardt“ zur Bundestagswahl 2021

Berlin. Auch im Wahljahr 2021 stellt das Forum für Zukunftsenergien die Wahlprogramme einiger Parteien auf den Prüfstand. In der zweiten Ausgabe am 15. Juni 2021 wurde mit Thomas Bareiß, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie und Mitglied des Bundesvorstands der CDU, über die energie- und klimapolitischen Aussagen im erwarteten Wahlprogramm der CDU/CSU diskutiert.

In der breiten Diskussion zur Energiepolitik überwiege derzeit der Aspekt des Klimaschutzes, betonte Thomas Bareiß, MdB, im Gespräch mit Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin des Forum für Zukunftsenergien e.V. Trotzdem habe die Bundesregierung mit einigen Maßnahmen dafür Sorge getragen, dass den Aspekten Wirtschaftlichkeit, soziale Ausgewogenheit und Versorgungssicherheit Rechnung getragen werde und damit erreicht, das energiepolitische Zieldreieck einzuhalten. Dies in den kommenden Jahren fortzusetzen, werde insbesondere angesichts der ansteigenden Bepreisung der CO₂-Emissionen zu einer Herausforderung, so Bareiß.

Aufgrund des zeitlich absehbaren Aus für Kernkraftwerke und konventionelle Kraftwerke sowie der durch erneuerbare Energien bedingten Volatilität im gesamten Stromsystem müsse im Sinne der Versorgungssicherheit der Fokus auf ausreichende Speicherkapazitäten, Gaskraftwerke und mehr Flexibilität auf der Verbrauchsseite gelegt werden. So müssten auch flexible und speicherbare erneuerbare Energien wie Biomasse und Biogas eine größere Berücksichtigung finden. Zudem müssten die Digitalisierung und der Ausbau der Smart Meter vorangetrieben werden, damit Versorgungssicherheit und Netzstabilität gewährleistet werden könnten. Zur weiteren Beförderung des Ausbaus der erneuerbaren Energien benötige es eine Reihe von Maßnahmen, so Bareiß. Genehmigungsverfahren müssten beschleunigt, Flächenkonflikte gelöst und die Akzeptanz bei der betroffenen Bevölkerung erhöht werden. Auch gelte es zu diskutieren, ob die Umsetzung der Ausbauziele für erneuerbare Energien in bestimmten Fällen nicht über den Belangen des Naturschutzes stehen könne, um die Projekte schneller zu realisieren.

Zweifellos bilde die Wasserstofftechnologie einen wichtigen Bestandteil des zukünftigen Energiesystems. Deshalb müsse in der nächsten Legislaturperiode entschieden werden, in welchen Sektoren Wasserstoff zum Einsatz kommen soll. Bezüglich der Netze sei zu klären, ob das bestehende Gasnetz zukünftig mit dem H₂-Netz zusammengeführt werden soll oder nicht. Mit Blick auf die Herkunft des Wasserstoffes zeigte sich Bareiß offen gegenüber der Nutzung von blauem Wasserstoff in einer Übergangsphase der nächsten 5 bis 10 Jahre, auch wenn grüner Wasserstoff bevorzugt werde. In diesem Zusammenhang müsse pragmatisch über CCS und CCU diskutiert werden, denn CO₂-Senken seien für die Erreichung der Klimaschutzziele unverzichtbar. Im Übrigen sehe er derzeit nicht die Gefahr, dass z.B. Erdgaslieferungen aus Russland aufgrund des Lieferkettengesetzes ausbleiben würden.

Raumwärme müsse für alle Menschen bezahlbar bleiben. Um Klimaneutralität im Gebäudesektor zu erreichen, sei ein Technologiemix nötig, denn Wärmepumpenheizungen seien nicht für alle Situationen im Gebäudesektor geeignet. Bareiß sprach sich für eine ambitionierte Sanierungsrate von jährlich mind. 2 % aus. In Bezug auf die Diskussion um eine Aufteilung des CO₂-Preises aus dem BEHG zwischen

Mietern und Vermietern plädierte er für eine differenzierte, gleichzeitig, aber unbürokratische Aufteilung, die den Sanierungsstand des Gebäudes sowie langfristige und kurzfristige Handlungsmöglichkeiten einbeziehe.

Hinsichtlich des Verkehrssektors betonte Bareiß, dass auch der moderne Verbrennungsmotor mittels der PtL-Technologie zur Erreichung der Klimaschutzziele beitragen könne, insbesondere auch vor dem Hintergrund des weltweiten Bestands an Fahrzeugen. Nicht alle Fahrzeughalter seien in der Lage, kurzfristig auf andere Fahrzeugtechnologien zu wechseln, außerdem müsse die Entwertung von privatem Eigentum durch Dieselfahrverbote und ähnliches verhindert werden.

Grundsätzlich unterstrich Bareiß die Notwendigkeit, den Verbrauch von natürlichen Ressourcen an Preise zu koppeln. So müsse der CO2-Preis den Bezug zu den CO2-Emissionen erkennbar machen und eine Lenkungswirkung entfalten. Daher versuche die CDU, durch Preissteuerung und perspektivisch die Senkung der EEG-Umlage Klimaschutz und Nachhaltigkeit mit Wirtschaftlichkeit und Sozialverträglichkeit zusammenzubringen. Er forderte auch für den Wahlkampf eine ehrliche Debatte darüber, welche klima- und energiepolitischen Ziele „machbar“ seien. Es müsse bewusst gemacht werden, dass die für die Erreichung der Klimaschutzziele notwendigen Prozesse und Technologieveränderungen nicht beliebig beschleunigt werden könnten. Die Grenzen der Machbarkeit in Bezug auf Technologien, Bezahlbarkeit und Akzeptanz bei der Bevölkerung seien zu beachten, warnte Bareiß. Die Machbarkeit im Blick zu behalten, sei darüber hinaus auch wichtig, um - wie gewünscht - weitere Nachahmer zu finden. Er kritisierte, dass über Jahre hinweg verhandelte Kompromisse zu Klimaschutzzielen innerhalb weniger Tage nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts über Bord geworfen worden sind. Mit einer solchen Vorgehensweise verliere die Politik an Glaubwürdigkeit. Schließlich erinnerte Bareiß daran, dass die CDU, trotz der noch bevorstehenden Herausforderungen, bei der Verknüpfung von Wohlstand und Klimaschutz beachtenswerte Erfolge vorweisen könne.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kontakt:

Forum für Zukunftsenergien e.V.
Reinhardtstr. 3
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
zukunftsenergien.de
Twitter @FfZeV
LinkedIn @FfZeV